

AUSGABE 9 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Steuerschätzung: Inflation entwertet
Steuereinnahmen

Solidarität mit Israel und mit allen
Jüdinnen und Juden in Deutschland

Städte appellieren: Wachstums-
chancengesetz nachbessern

Migrationsdebatte: Rückführungs-
gesetz ist richtig – auskömmliche
Flüchtlingsfinanzierung bleibt nötig

AUS DEN STÄDTEN

Wuppertal: Schwebebahnmuseum
eröffnet

Karlsruhe, Nettetal, Osnabrück:
Wettbewerbsgewinner beim
Photovoltaikausbau

Preis „Bibliothek des Jahres 2023“
geht nach Düsseldorf

Trier für den Deutschen Städtetag im
Europäischen Ausschuss der Regionen

FORUM

Ziel Klimaneutralität 2035: Bochum
legt Nachhaltigkeitsstrategie vor



Steuerschätzung: Inflation entwertet Steuereinnahmen

„Durch die Inflation steigen zwar die Einnahmen der Städte und Gemeinden, aber noch mehr auch ihre Ausgaben. Im Ergebnis werden höhere Steuereinnahmen bei gleichzeitig hoher Inflation entwertet, denn wir können damit weit weniger gestalten und investieren als nötig wäre für die aktuellen Herausforderungen in den Kommunen.“ Mit diesen Worten kommentierte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, die Ergebnisse der Steuerschätzung am 26. Oktober. Dedy sagte weiter: „Das aktuell diskutierte

„Wachstumschancengesetz“ mit seinen hohen Steuerausfällen für die Städte gefährdet außerdem wichtige kommunale Investitionen in Klimaschutz, Wärmewende, Wohnungsbau, Schulen und Kitas.“

Die Wirkungen der Inflation auf die öffentlichen Haushalte werden zumeist unterschätzt: Dabei hat ein Anstieg der Inflation um 1 Prozent und damit ein Anstieg der Ausgaben bei den Städten und Gemeinden in etwa die gleichen Auswirkungen wie ein Rückgang ihrer Steuereinnahmen um 3 Milliarden Euro.

Zentrale Ergebnisse der Steuerschätzung für die Städte und Gemeinden

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmesteigerungen von 5,7 Prozent erwartet, für die Länder ein Rückgang in Höhe von -0,3 Prozent.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene Steuer der Städte. Ihr Gesamtaufkommen wird 2023 voraussichtlich bei 72,55 Milliarden Euro liegen, im Jahr 2024 voraussichtlich bei 75,5 Milliarden Euro.

Zum Hintergrund: Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hat seine Einnahmeerwartungen für die kommenden Jahre gegenüber seiner letzten Schätzung vom Mai 2023 im Wesentlichen beibehalten, obwohl sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtert haben. Ursache hierfür sind vor allem die gestiegenen Inflationserwartungen für das laufende Jahr, die zu höheren prognostizierten Steuereinnahmen führen.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen legte seiner Prognose die Projektion der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung vom Oktober zugrunde. In dieser Prognose geht der Bund von einer Inflationsrate in Höhe von ca. 6,1 Prozent für das aktuelle Jahr aus.

TITELFOTO

Street-Art-Projekt verschönert Wuppertal

Glasmurmeln an einem Haus der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft in Wuppertal – gemalt vom für seine 3D-Technik berühmten Niederländer Leon Keer.

Wie hier haben an vielen Stellen der Stadt internationale Street-Art- und Graffiti-Künstlerinnen und Künstler große Fassadenbilder, sogenannte Murals, geschaffen. Insgesamt 24 in 24 Quartieren von 24 Künstlern sollen es bis 2025 werden. Der Schaffensprozess ist Teil des Projekts Urbaner Kunstraum Wuppertal. Dazu gehören auch Workshops, Diskussionsveranstaltungen und Begegnungsangebote. Förderer, Unterstützer und Partner sind neben Privatpersonen und Vereinen auch das Land NRW, die Stadt Wuppertal und zahlreiche lokale Unternehmen wie die GWG.

- www.urbaner-kunstraum.de
- www.wuppertal.de

(Foto: GWG Wuppertal, Uwe Schinkel)



Die israelische Nationalflagge vor dem Alten Rathaus der Bundesstadt Bonn. (Foto: Bundesstadt Bonn, Giacomo Zucca)

Solidarität mit Israel und mit allen Jüdinnen und Juden in Deutschland

Die Spitze des Deutschen Städtetages verurteilt den Terrorangriff der radikal-islamischen Hamas und erklärt sich mit Israel solidarisch. In einer gemeinsamen Erklärung am 20. Oktober äußerten sich dazu Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages, und Katja Dörner, Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages:

„Am 7. Oktober hat die terroristische Hamas Israel überfallen und menschenverachtende Verbrechen begangen: Hunderte unschuldige Menschen, darunter auch viele Kinder, wurden ermordet, viele wurden in den Gazastreifen verschleppt. Die grausamen Bilder haben uns alle schockiert. Wir verurteilen diese feigen terroristischen Angriffe auf das Schärfste. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern dieser hasserfüllten, sinnlosen Gewalt, ebenso all ihren Angehörigen. Wir können nur erahnen, was es bedeutet, geliebte Menschen durch solch barbarische Taten zu verlieren oder um ihr Leben zu bangen.

Viele deutsche Städte haben Partnerstädte und -gemeinden in Israel – unsere Gedanken sind bei den Menschen in diesen Städten und Gemeinden, die unter dem Terror lei-

den. Wir erklären unsere volle Solidarität mit Israel. Das Existenzrecht Israels ist unantastbar und muss es bleiben. Israel hat das eindeutige Recht, sich selbst zu verteidigen. Die terroristischen Angriffe der Hamas und anderer Organisationen sind mit nichts zu rechtfertigen. Sie nutzen auch nicht den Interessen der Palästinenserinnen und Palästinenser – im Gegenteil: Sie schaden ihnen. Auch im Gazastreifen gibt es zivile Opfer – und auch ihnen und ihren Familien gilt unser Mitgefühl. Wir hoffen, dass Frieden in der Region möglich sein wird.

Mit großer Sorge sehen wir, dass auch in Deutschland dieser Tage Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden mit solcher Vehemenz offen zutage treten. Wir werden nicht akzeptieren, wenn Morde an unschuldigen Menschen auf unseren Straßen bejubelt oder Menschen jüdischen Glaubens in unseren Städten bedroht oder angegriffen werden. Wir stellen uns konsequent gegen jede Form von Hass und Antisemitismus. Es muss selbstverständlich sein, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und in unseren Städten ohne Angst leben können. Jüdisches Leben ist ein Teil unserer Stadtgesellschaften und wird es bleiben. Daran gibt es keinen Zweifel.“

Städte appellieren: Wachstumschancengesetz nachbessern, kommunale Steuerausfälle verhindern

Der Bundesrat hat sich im Nachgang zu seiner Sitzung am 20. Oktober 2023 zu dem von der Bundesregierung geplanten Wachstumschancengesetz geäußert, das umfangreiche Änderungen im Steuerrecht vorsieht. In einer ausführlichen Stellungnahme haben die Länder zwar grundsätzlich Unterstützung für das Vorhaben signalisiert, bessere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum, Investitionen und Innovationen auch zum Klimaschutz zu schaffen.

Gleichzeitig kritisierten sie aber die finanziellen Belastungen für die Haushalte der Länder und Kommunen, die mit 4,4 von 7 Milliarden Euro jährlich fast zwei Drittel der geplanten steuerlichen Maßnahmen zu tragen haben. Der Bundesrat warnte zudem vor den negativen Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen von Städten und Gemeinden, die diese angesichts ihrer schwierigen Finanzlage überfordern könnten.

„Der Bund verschließt die Augen vor der Realität. Uns Kommunen laufen die Ausgaben infolge von Inflation, Tarifsteigerungen und einem Anstieg der Sozialausgaben davon. Dazu kommen neue Ausgaben durch neue Aufgaben wie beim Ganztagschulausbau und dem Klimaschutz. Gleichzeitig senkt der Bund Steuern und nimmt den Kommunen Einnahmen. Es reicht, wir können das nicht mehr wegstecken.“

Uwe Conradt, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken



Foto: Carsten Simon

Foto: Sandra Then



„In diesen herausfordernden Zeiten wäre eine starke Unterstützung der Städte angezeigt. Stattdessen lässt der Bund die Kommunen allein mit einer ungelösten Altschuldenfrage, wackeligen Finanzierung des Deutschlandtickets, unzureichenden Finanzierung von Integrationskosten und eigener Vorhaben wie – akut – dem Wachstumschancengesetz. Diese Austeritätspolitik inmitten multipler Krisen gefährdet die lokale Daseinsvorsorge und damit letztendlich das Vertrauen in Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.“

Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn

Foto: Michael Schmidt



„Grundsätzlich ist es richtig, dass die Bundesregierung versucht die lahrende Konjunktur im Land anzukurbeln. Dies darf aber keinesfalls auf dem Rücken der Kommunen geschehen. Schon jetzt tragen die Städte die Hauptlast bei zahlreichen Themen: Egal ob Wohngeldreform, Unterbringung von Geflüchteten, Kostensteigerung im ÖPNV bis zu der ungelösten Krankenhausfinanzierung. Jeder Euro weniger Gewerbesteuer wird die Stadtgesellschaften vor Zerreißen stellen.“

Dirk Hilbert, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden

„Gerade in diesen Zeiten sind Kommunen und Landkreise durch hohe Ausgaben für Integrationsaufgaben, soziale Aufgaben und gestiegene Kosten bei Personal und Sachausgaben an ihren Leistungsgrenzen oder schon darüber hinaus. Einnahmeverluste in den Kommunen werden Bürger unmittelbar und direkt spüren! Daher erwarte ich, dass die Ausgabenpolitik und das Beschließen neuer Aufgaben durch den Bund gegenfinanziert werden, damit wir vor Ort unserer Verantwortung für die Menschen gerecht werden können!“

Constance Arndt, Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau



Foto: Dirk Diebel

Der Bundesrat greift damit eine Forderung der Städte auf. Diese hatten unmittelbar vor der Bundesratssitzung an die Bundesländer appelliert, dem Wachstumschancengesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen. Beim vorliegenden Gesetzentwurf muss noch deutlich nachgesteuert werden, um die kommunalen Steuerausfälle erheblich zu verringern. Andernfalls würden die Investitionen der Städte weitgehend ausgebremst. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte wörtlich:

„Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, mit dem Wachstumschancengesetz die Konjunktur anzukurbeln

und die Wirtschaft zu stärken. Konjunktur- und Wachstumspolitik sind aber vor allem Aufgabe des Bundes, deswegen muss das Wachstumschancengesetz auch vorrangig aus Bundesmitteln finanziert werden. Der aktuelle Gesetzentwurf sieht aber etwas ganz anderes vor. Die Kommunen verlieren einen mehr als doppelt so hohen Anteil ihrer Steuereinnahmen wie Bund und Länder. Das ist das falsche Verhältnis.“

Steuerausfälle für die Kommunen von über 9 Milliarden Euro im Bundesrat stoppen

„Die Länder sollten das Wachstumschancengesetz im Bundesrat vorerst stoppen. Bei den geplanten massiven Steuerausfällen

„Das Wachstumschancengesetz bringt in der aktuell angedachten Form vor allem finanzielle Belastungen für Länder und Kommunen, da diese zwei Drittel der Kosten übernehmen sollen. Das ist inakzeptabel. Der Gesetzentwurf sieht für Gemeinden massive Steuerminderungen vor. Geld, das Kommunen dringend benötigen. Daher fordern wir, dass der Bund den Entwurf nachbessert oder die Länder im Bundesrat nicht zustimmen.“

Christoph Tesche, Bürgermeister der Stadt Recklinghausen



Foto: Stadt Recklinghausen

Foto: Presse- und Informationsamt München, Michael Nagy



„Die Landeshauptstadt München steht vor gigantischen Herausforderungen: beim ÖPNV, dem Wohnungsbau, beim Bau von Schulen und Kitas. Steuerausfälle im dreistelligen Millionenbereich, wie sie das Wachstumschancengesetz bringt, können wir ohne Kompensation vom Bund nicht verkraften. Wir Kommunen packen die Zukunft an, das Wachstumschancengesetz drosselt den kommunalen Motor erheblich.“

Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

für die Kommunen darf es nicht bleiben. Da muss noch einmal deutlich nachgesteuert werden“, forderte der Städtetagspräsident. Insgesamt sieht das Wachstumschancengesetz in den Jahren 2024 bis 2028 zusätzliche Steuerausfälle von 9,04 Milliarden Euro bei den Kommunen vor. Das wird dafür sorgen, dass das kommunale Defizit bereits im kommenden Jahr die Grenze von 10 Milliarden Euro überschreitet.

„Steuerausfälle für die Kommunen in dieser Größenordnung wären angesichts des Investitionsbedarfs in den Städten wirklich verhängnisvoll. Wir müssen in den kom-

menden Jahren massiv investieren. Auf die Städte kommen immer mehr und immer neue Aufgaben zu. Bei Wärmewende und kommunaler Wärmepolitik, beim Gebäudeenergiegesetz und für Klimaanpassung sowie bei der Integration von Geflüchteten stehen wir vor echten Mammutaufgaben. Der Investitionsrückstand der deutschen Kommunen liegt schon jetzt bei über 165 Milliarden Euro. Wir brauchen deutlich mehr, nicht weniger Geld, um all diese wichtigen Zukunftsaufgaben zu stemmen. Das Wachstumschancengesetz in seiner jetzigen Form würde kommunale Investitionen weitgehend ausbremsen“, so der Städtetagspräsident.

Migrationsdebatte: Rückführungsgesetz ist richtig – auskömmliche Flüchtlingsfinanzierung bleibt nötig

In der Debatte um schnellere Abschiebungen von Geflüchteten hat der Deutsche Städtetag auf die Notwendigkeit von Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern hingewiesen. Dazu sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy am 26. Oktober gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): „Das Ziel, Menschen ohne Bleibeperspektive in Deutschland schneller zurückzuführen, ist richtig. Aber wirksam werden diese Maßnahmen erst, wenn die Herkunftsländer diese Menschen auch aufnehmen. Dafür müssen jetzt schnell verlässliche Rücknahmeabkommen mit den jeweiligen Herkunftsländern geschlossen werden. Das wird voraussichtlich nur gelingen, wenn diese Abkommen auch legale Migrationswege eröffnen.“ Erst mit solchen Abkommen werde es deutlich mehr Rückführungen geben können.

Gleichzeitig betonte Dedy angesichts der Gesamtzahl der Geflüchteten hierzulande: „Umso wichtiger ist für die Städte endlich ein dauerhaftes Finanzierungssystem für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten, die auf Dauer hierbleiben oder auch mittelfristig nicht abgeschoben werden können. Diese Finanzierung muss sich dynamisch den Flüchtlingszahlen anpassen und auch die Integration umfassen, damit der Druck auf die Städte tatsächlich sinkt und wir die Menschen ins Arbeitsleben und in Ausbildung bringen können.“

In der Debatte um den von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil angekündigten „Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten“ fordern die Städte vom Bund eine bessere Ausstattung der Jobcenter. Außerdem müsse eine Joboffensive alle Geflüchteten mit Bleibeperspektive in den Blick nehmen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dazu sagte Dedy am 20. Oktober gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Der Ansatz, Geflüchtete

Foto: bluedesign stock.adobe.com



schneller in Arbeit zu bringen, ist genau richtig. Das ist gut für die Integration und kann sogar ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel sein. Wenn Geflüchtete, die Bürgergeld erhalten, künftig alle sechs Wochen bei den Jobcentern vorstellig werden sollen, ist aber ganz klar: Die Jobcenter brauchen eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung. In den vergangenen Jahren wurde bei den Jobcentern mehr und mehr gespart, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote wurden gekürzt. Ein Integrationsturbo für Geflüchtete und Sparpolitik bei den Jobcentern passen nicht zusammen.“

Außerdem sollte die Joboffensive alle Geflüchteten mit Bleibeperspektive in den Blick nehmen und nicht nur Geflüchtete aus der Ukraine und bereits anerkannte Asylbewerber, die Bürgergeld beziehen. Geflüchtete, die auf die Kommunen verteilt wurden und absehbar längere Zeit in Deutschland bleiben werden, sollten möglichst schnell Arbeit aufnehmen können. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen und beruflichen Qualifikationen aus den Heimatländern müsse dafür deutlich schneller und unbürokratischer werden.



Wuppertal: Schwebebahnmuseum eröffnet

Ein Original-Wagen der ersten Schwebbahngeneration, die 3-D-Animation einer Fahrt vor 100 Jahren, Lichtkunst, Ausstellungsstücke und Musik – das sind die wesentlichen Elemente, mit denen sich im „Schwebodrom“ die Geschichte der Schwebebahn-Stadt entdecken lässt. Vier Jahre Vorbereitung und ein Jahr Bauzeit hat es gedauert, bis das Museum jetzt im Stadtteil Barmen eröffnet werden konnte.

➔ schwebodrom.com

Karlsruhe, Nettetal, Osnabrück: Wettbewerbsgewinner beim Photovoltaikusbau

Die Städte Karlsruhe, Nettetal und Osnabrück sind Gewinner der Quartalschallenge Q2/2023 des bundesweiten Wettbewerbs. Karlsruhe bekam den Preis für Photovoltaik-Projekte auf Mietshäusern und bei der Quartiersentwicklung. Nettetal hatte erfolgreich Unternehmen in der Stadt von Photovoltaikanlagen auf dem Dach überzeugt. Osnabrück wurde für seine Gesamtplanung zur Photovoltaik ausgezeichnet.

➔ www.wettbewerb.de



Preis „Bibliothek des Jahres 2023“ geht nach Düsseldorf

Die Düsseldorfer Zentralbibliothek ist mit nationalen Bibliothekspreis des Deutschen Bibliotheksverbands e.V. (dbv) und der Deutsche Telekom Stiftung ausgezeichnet worden. Grund für die Auszeichnungen sei laut Jury, dass neben zahlreichen digitalen und analogen Angeboten vor allem Menschen im Mittelpunkt stünden. Neben 600 Arbeitsplätzen und elf Coworking-Lernboxen ermöglichten ein Zukunftslabor und ein LibraryLab-Studio einen völlig neues Bibliothekserlebnis.

➔ <https://t1p.de/duesseldorf-bibo>

Trier für den Deutschen Städtetag im Europäischen Ausschuss der Regionen

von Wolfgang Leibe

Die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen bestimmen maßgeblich den Handlungsrahmen nationalstaatlicher und regionaler Akteure. Dies gilt für verschiedene Bereiche, nicht zuletzt beim Thema des Klima- und Umweltschutzes. Die Europäische Kommission präsentierte schon im Jahr 2019 ihren Green Deal. Durch eine Reihe politischer Initiativen der Europäischen Union soll Europa bis 2050 der weltweit erste klimaneutrale Kontinent werden. Der Green Deal betrifft zahlreiche Wirtschaftszweige, beispielsweise die Sektoren Verkehr, Energie, Landwirtschaft und auch Industrie.

Entscheidend für die Erreichung der gesetzten Ziele wird die Umsetzung konkreter Maßnahmen auf lokaler Ebene sein. Wir Städte gewährleisten, gemeinsam mit den öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen, die kommunale Daseinsvorsorge. Dazu zählen die Wasser- und Energieversorgung sowie die Abwasseraufbereitung und Müllentsorgung genauso wie der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Wir Städte halten wichtige Hebel beim Kampf gegen den Klimawandel in der Hand. Der Ausschuss der Regionen und seine Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie bieten eine wichtige Plattform, uns mit kommunalen Forderungen und Positionen in Brüssel Gehör zu verschaffen. Durch gelungene Projekte vor Ort sind wir Städte und Kommunen oftmals Vorreiter in Sachen Klimaschutz.

In Zusammenarbeit von Stadt und Stadtwerken haben wir in Trier einen klimaneutralen Betriebsstandort entwickelt, der 400 Mitarbeitenden Büroraum bietet. Er bezieht Strom und Wärme von unserem Hauptklärwerk, das mehr Energie produziert als es verbraucht. Unsere Stadtwerke erzeugen jährlich 232 Millionen Kilowattstunden Strom aus regenerativen Quellen,

„Der Ausschuss der Regionen und seine Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie bieten eine wichtige Plattform, uns mit kommunalen Forderungen und Positionen in Brüssel Gehör zu verschaffen.“

Wolfgang Leibe, Oberbürgermeister der Stadt Trier



mehr als zur Versorgung sämtlicher Haushalts- und Gewerbekunden in der Region nötig sind.

Der Erfolg dieser lokalen Vorzeigeprojekte ist auch deshalb so bedeutsam, weil wir bei den Bürgerinnen und Bürgern damit die Akzeptanz für den Klimaschutz schaffen, die wiederum essenziell für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen sein wird, in Trier wie anderswo. Die Menschen in unserer Stadt leben Europa tagtäglich. Mehr als 8.000 Trierinnen und Trierer pendeln zur Arbeit ins benachbarte Luxemburg. Viele Menschen aus Luxemburg, Frankreich und Belgien kommen regelmäßig zum Einkaufen zu uns. Der grenzüberschreitende Austausch prosperiert. Aus diesen Gründen ist es mir eine besondere Freude und Ehre, den Deutschen Städtetag von nun an als stellvertretendes Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen vertreten zu dürfen und mich insbesondere in die Arbeit der Fachkommission ENVE einzubringen.

Ziel Klimaneutralität 2035: Bochum legt Nachhaltigkeitsstrategie vor

Hitzewellen, Überschwemmungen, anhaltende Trockenheit oder sintflutartiger Regen – immer deutlicher sind die Auswirkungen des Klimawandels spürbar. Umfassendes Umdenken und weitreichende Erneuerungsprozesse sind erforderlich – und Bochum hat reagiert. Die jetzt fertiggestellte, umfangreiche Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bochum bündelt auf rund 400 Seiten mehr als 200 Maßnahmen und Aktivitäten, mit denen den Folgen des Klimawandels begegnet und das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 erreicht werden soll.

2019 hatte der Rat der Stadt die Verwaltung mit der Fortschreibung der bis dahin geltenden Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte sowie der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie beauftragt. Mit einem Beteiligungsprozess konnten Bürgerinnen und Bürger an der Erarbeitung der Strategie mitwirken. In diesem Jahr wurden die Gutachten und Expertisen ausgewertet. Über das Ergebnis dieser Anstrengungen soll der Rat nun im Dezember abstimmen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie hat neben ökologischen auch soziale, kulturelle und ökonomische Themen im Blick. Grundlage bilden die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung bzw. die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (kurz: SDGs). Diese sind eine gemeinsame Basis für städtische Konzepte und Aktivitäten.

Um im Bereich Nachhaltigkeit und Klima einen einheitlichen Handlungsrahmen zu schaffen, wurden die beiden Säulen „Global Nachhaltige Kommune“ und „Klimaplan Bochum 2035“ unter der Klammer der 17 SDGs zu einem Gesamtkonzept als Nachhaltigkeitsstrategie Bochum zusammengeführt. Es geht dabei u.a. um Handlungsfelder wie „Klimaschutz und Energie“, „Wohnen und Nachhaltige Quartiere“, „Gute Arbeit und Nachhaltiges Wirtschaften“ und „Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung“. Die Stadt Bochum ist übrigens bundesweit die erste Kommune, die alle zehn vom deutschen Rat für Nachhaltige Entwicklung definierten Handlungsfelder bearbeitet und daraus Maßnahmen ableitet.



Foto: Stadt Bochum, Lutz Leifmann



Foto: Stadt Bochum, André Grabowski



Foto: Stadt Bochum, Lutz Leihmann

„Dieses Paket ist ein ganz deutliches Statement und ein klares Bekenntnis der ganzen Stadtgesellschaft zur Nachhaltigkeit“, so Umweltdezernent Dr. Markus Bradtke.

Jetzt sollen zunächst 22 der in der Strategie aufgelisteten Aktivitäten an den Start gehen – teilweise laufen sie sogar schon. Jährlich sollen weitere 15 bis 30 Aktivitäten aus der Nachhaltigkeitsstrategie hinzukommen. Darunter beispielsweise die kommunale Wärmeplanung, Aktionen gegen Lebensmittelverschwendung oder die Ausweitung und Einrichtung von Trinkwasserbrunnen.

Es gibt bereits neun fest installierte und vier mobile Wasserspender im gesamten Stadtgebiet. Als Unterstützung beim Thema Leitungswasser ist Bochum in diesem Jahr als „Wasser-Quartier“ an den Start gegangen, ein von der Stiftung Umwelt und Entwicklung gefördertes Projekt. Ein Netzwerk aus dem Verein „a tip: tap e.V.“ (übersetzt: „ein Tipp: Leitungswasser“), der Stadtwerke Bochum und der Verbraucherzentrale NRW helfen bei der Umsetzung. Die „Generierung und Umsetzung von Förderprojekten zur Schwammstadt“ zählt zu einer weiteren Starteraktivität. Der Umbau von Straßen wie der Hattinger oder der Castroper Straße zu sogenannten Schwammstraßen gelten heute bundesweit als Vorzeigebispiele für

bereits sichtbare Maßnahmen in Bochum. Dabei werden Baumrigolen in den Boden eingesetzt, um eine Überlastung der Kanalisation zu vermeiden, verminderten Abfluss herbeizuführen und zusätzlich Bäume und Pflanzen mit Wasser zu versorgen.

„Insbesondere in den dicht bebauten Bereichen ist die Bevölkerung in Hitzeperioden und bei Starkregen bereits jetzt sehr hohen Belastungen ausgesetzt. Die Verfügbarkeit von Trinkwasser und der Umbau zu Schwammstraßen sind daher wichtige Maßnahmen, um sich für die Folgen des Klimawandels zu wappnen“, sagt Klimaanpassungsmanager Jonas Kettling.

Die Erreichung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Bochum ist als Gemeinschaftsaufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen und Unternehmen zu verstehen. In der Bochumer Stadtgesellschaft sind bereits viele Strategien und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt worden und haben damit bereits zur Zielerreichung substantiell beigetragen. Die Stadt Bochum geht mit guten Beispielen voran und setzt mit der Nachhaltigkeitsstrategie einen Handlungsrahmen für die weitere Umsetzung von Maßnahmen im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels und für ein nachhaltiges, enkelgerechtes Leben in Bochum.



Bilanz zur bundesweiten Kontrolle von Biotonnen

Plastik, Glas, Verpackungen – zu häufig landet Restmüll mit in der Biotonne, vor allem in Ballungsräumen. Das ergab die erste bundesweite Kontrolle von Biotonnen. An elf Tagen im September wurden in ganz Deutschland 334.336 Behälter kontrolliert. Über 15.000 Tonnen bestanden den Test nicht. Sie wurden ohne Leerung stehen gelassen. Damit und mit Aufklärungsplakaten wollen 50 Entsorgungsbetriebe des Vereins wirfuerbio e.V. das Trennverhalten der Menschen verbessern.

➔ www.wirfuerbio.de/kontrollaktion



Publikation des Deutschen Städtetages zu Stadtfinanzen

Die kommunalen Haushalte geraten immer stärker in eine dauerhafte, strukturelle Schieflage. Gründe dafür benennt die neue Publikation des Deutschen Städtetages „Stadtfinanzen 2023“. Thematisiert werden zahlreiche Belastungen der Kommunen, aber auch Gesetze wie beispielsweise das Inflationsausgleichsgesetz 2022, das Jahressteuergesetz 2022 oder auch das Wachstumschancengesetz und die deshalb befürchteten Steuermindereinnahmen.

➔ www.staedtetag.de/publikationen

Mitmachen beim bundesweiten Vorlesetag am 17. November

Vorlesen hilft Kindern, richtig lesen und schreiben zu lernen. Aber nur vier von zehn Kindern wird vorgelesen. Darauf soll der bundesweite Vorlesetag aufmerksam machen. Etwa 800.000 Menschen nehmen laut Stiftung Lesen inzwischen als Vorlesende und Zuhörende daran teil. Im Jahr 2004, beim allerersten Vorlesetag, waren es gerade einmal 1.900. Mitmachmöglichkeiten gibt es beispielsweise in Kitas, Schulen oder Pflegeeinrichtungen.

➔ www.stiftunglesen.de



Gemeinsam gegen Hass und Gewalt

Immer mehr Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Deutschland werden beleidigt, bedroht oder sogar attackiert.



**Möglichkeiten der
Gegenwehr und
der Prävention**

Stark im Amt ist eine Initiative der Körber-Stiftung in Kooperation mit Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund.

Neu im Amt



Ausschuss der Regionen: Wolfram Leibe, Oberbürgermeister der Stadt Trier, wurde als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss der Regionen gewählt. Der Sozialdemokrat folgt auf Peter Kurz, Oberbürgermeister a. D. aus Mannheim. Leibe steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Trier und engagiert sich seit 2022 im Präsidium des Deutschen Städtetages und ist seitdem auch Ständiger Gast im Hauptausschuss.

Geburtstage



Foto: Stadt Hameln

Claudio Griese, Oberbürgermeister der Stadt Hameln, feiert am 28. November seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Hameln.



Foto: Nick Putzmann, nickputzmann.com

Der Oberbürgermeister der Stadt Pirna, **Klaus-Peter Hanke** (parteilos), begeht am 6. Dezember seinen 70. Geburtstag. Oberbürgermeister Hanke hat das Amt seit 2010 inne.



Foto: Stadt Oldenburg

Oberbürgermeister **Jürgen Krogmann**, Stadt Oldenburg, wird am 14. November 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

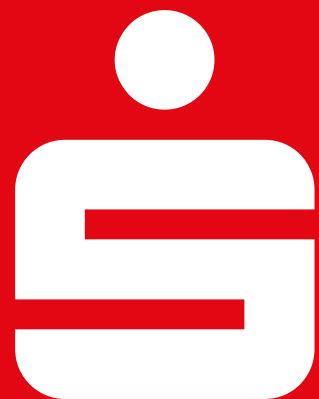


Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.





Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de